

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 12. August 1925

Nummer 102

Die „geheiligte Demokratie“

Der Zollraub wird heute beschlossen — Polizeiterror im „befreiten Gebiet“ — Heute Massenversammlungen in Berlin

Ein getreuer Knecht der Zöllner

Die „lonale Opposition“, die die Sozialdemokraten im Reichstage bei der Beratung der Steuer- und Zollwucherer-gehe anknüpfen, enthält sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Die Rolle der aktiven Knechte der Zollräuber, die feige Haltung der Führer der SPD-Fraktion im Reichstage zeigte sich in der Montagsaktion in aller Deutlichkeit. Während ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten aus Scham vor der allzu offenen Brutalität des deutschnationalen Zollwucherer-Präsidenten Graef im Saale sitzen blieb, als die kommunistischen Abgeordneten mit brutaler Gewalt und unter Mißhandlung durch die Polizeibeamten des Sozialdemokraten Gieselski aus dem Sitzungssaal geschleift wurden, liefen Hermann Müller, Hifferding und Konforten mit den Zollwuchererparteiern gemeinsam aus dem Saale. Wels erklärte, daß die Sozialdemokraten ein „starkes Gefühl für die Würde des Parlaments“ hätten und daß ihnen die „Demokratie etwas Heiliges“ sei. Durch das Verhalten der Kommunisten sei die Würde und das Ansehen des Parlaments entheiligt worden. In der Konsequenz ihrer starken Gefühle über die „verlethte Heiligkeit“ und Entwürdigung“ sogen diese Sozialdemokraten aus, das Land der heilhesten Demokratie in den Wandelgängen des Reichstages suchend. Dieser Auszug der getreuen Knechte Graefs findet die volle Anerkennung der Zoll- und Steuerwucherer. Die Schwerindustrie, „Leipzigischer Neuesten Nachrichten“ erkennen in ihrer Dienstagsnummer die getreue Hausknechtrolle Hermann Müllers in folgender drastischer Weise an. Die „L. N.“ schreiben:

„Als Graef, um sich die schlimmsten Widersacher vom Halse zu schaffen, die Kommunisten Müllenberg, Reddermeyer, Gelske und Torgler aus dem Saale weist, die Tribünen räumen ließ und auch die Abgeordneten aufforderte, hinauszu-gehen, verblieben in geschmackvoller Weise einige Sozialdemokraten, unter ihnen einige lebenslustigste Abgeordnete, sitzen und fraternisieren mit den Kommunisten. Man sieht Herrn Hermann Müller-Franken besorgt heransetzen und die Genossen auffordern, ebenfalls hinauszu-gehen, wie es das ganze Haus getan hat.“

Nachdem der Gewaltmenschen Graef seinen Lakaien Anweisung gegeben hatte, beeilte sich Hermann Müller, diesen Befehl auszuführen und forderte seine Parteigenossen auf, gemäß den Anordnungen des Vizepräsidenten den Saal

zu verlassen. Dabei kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, bis Müller mit einem kleinen Trupp seiner Getreuen dem Befehle Graefs Folge leistete und die praktische Anwendung der Demokratie den Kommunisten gegenüber sich ungehindert auswirken konnte. Hermann Müller und seine Getreuen zeigten sich damit als die treuen Knechte der Zollwucherer-Reaktion.

Wie sich die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Zoll- und Steuerwucherer vorstellen, nachdem sie durch ihre Passivität bei der Niederknüpfung der parlamentarischen Obstruktion der Kommunisten mitgeholfen haben, zeigt der „Vorwärts“, der dazu folgendes schreibt:

„Die (die sozialdemokratische Fraktion) ruft dem ganzen Volke zu: Der Kampf ist noch nicht zu Ende, er entbrennt erst recht. Er wird fortgesetzt werden bei der Beratung der großen endgültigen Zollvorlage. Er wird neu entbrennen bei der Debatte um jeden handelspolitischen Schritt der Zollregierung, bei jedem Versuch, von der verfassungswidrigen Ermächtigung Gebrauch zu machen.“

Derweil die Zollräuber dem deutschen Arbeiter das letzte Stück Brot vom Lische nehmen und aus seiner Haut Riemen schneiden, soll der deutsche Arbeiter auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion warten, die „bei der Beratung der großen, endgültigen Zollvorlage, bei der Debatte um jeden handelspolitischen Schritt der Zollregierung kämpfen wird bis zum äußersten für — die Demokratie, die Würde des Parlaments.“

Nun weiß der sozialdemokratische Arbeiter, woran er ist. Nach dem Willen des „Vorwärts“ und seiner „Führer“ in der Reichstagsfraktion soll er ja nicht gegen die sich immer mehr steigende Teuerung, gegen Hungerzoll und gegen den Wucherer kämpfen, er soll auch nicht dafür sorgen, daß die Einheitsfront der Gewerkschaften hergestellt wird, um diesen Kampf erfolgreich führen zu können, er soll auch nicht streifen — er soll recht hübsch warten — und wenn sich die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels geändert haben — dann ist eben nichts zu machen, weil die Arbeiter noch nicht reif sind — und die „Diktatur der wirtschaftlichen Unvernunft“ besteht. Dann wird er wohl verhungern sein — aber die Demokratie, die geheiligte Demokratie ist gerettet —

und ist das etwa kein Erfolg?

So haben die Franzosen nicht gehaust

Polizeiterror im „befreiten Gebiet“

Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht.)

Auf Grund der Vorgänge in Essen teilte der Genosse Weber-Düsseldorf im Reichstage folgende Interpellation ein:

„Im „befreiten Essen“ fand am Sonntag den 9. August 1925 für die Bezirke Köln, Essen und Düsseldorf mit Ein- schluß des Bergischen Landes eine von der Kommunistischen Partei, dem Roten Frontkämpferbund und vielen anderen Arbeiterorganisationen veranstaltete Antikriegskund- gebung statt.“

Der Regierungspräsident Bergemann hatte diese Veranstaltung verboten. Auf Beschwerde bei dem preußischen Minister des Innern Seevering wurde dieses Verbot aufrecht erhalten. Der Polizeipräsident von Essen hat später Versammlungen in größeren Sälen erlaubt.

An 50 000 Menschen strömten aus allen Teilen Rhein- lands und Westfalens in Extrazüge und Lastautos nach Essen, um an diesen erlaubten Versammlungen teilzuneh- men. Gleich beim Eintreffen der Züge in Essen stürzte sich die Polizei auf die Angekommenen und trieb sie in der brutalsten Weise auseinander. Die Polizei wurde direkt zum Verkehrshindernis. Ein einzelner Mann, der fiegend durch die Straßen zog, wurde auf die brutalste Weise, ohne eine Aufforderung zum Einsteigen des Singens zu erhalten, hinterrücks von der Schupo überfallen, mißhandelt und ver- haftet. An einer anderen Stelle stürzte ein Schupo da- durch, daß er mit seinem Fahrrad in das Gleise der Straßenbahn geriet. Er sprang auf und lief hinter einem Zug, welcher etwa 50 Meter entfernt war, her und schlug wild mit dem Seitengewehr auf die Teilnehmer ein.

In der Nordparkhalle der Stadt Essen hatten sich die Teilnehmer gesammelt und wurden dort von allen Seiten von der Polizei umlagert und fortwährend schikaniert und provoziert.

Als die Zeit zur Abfahrt herannahte, kam eine Ein- gung mit der Polizei zustande, daß die einzelnen Trupps und Autos in Abständen zum Bahnhof abziehen konnten. Der Abmarsch ging glatt vonstatten, bis einige hundert Meter hinter der Nordparkhalle. Es ereignete sich dann das Ungeheuerliche, daß an allen Straßeneckungen Hebersalkommandos aufstauten, welche blind in die ein- zelnen Trupps mit blanker Waffe und Gummiknüppeln einschlugen.

Aufgerollte Fahnen wurden den Trägern entzissen und mit den Fahnenstangen blindlings in die Menge einge- schleudert. Lastautos, welche von der Nordparkhalle ord- nungsgemäß mit Vereinbarung der Polizei abfahren konnten, wurden angehalten und die Insassen von den Autos auf Straßenspläster geschleudert und verprügelt. Selbst junge Mädchen wurden nicht verschont, ja sogar mit Vorliebe ausgelacht. Ein Mädchen wurde mit einem Seiten- gewehr über den Kopf geschlagen. Ein anderes Mädchen wurde mit einem Gummiknüppel auf den Leib geschlagen, so daß sie besinnungslos in ein Haus gebracht und ein Arzt in Anspruch genommen werden mußte. Die gesamte Ein- wohnerschaft ist auf Grund dieser unerhörten Vorgänge ungeheuer erregt. Verschiedentlich hört man die Worte: „So haben die Franzosen nicht gehaust“; „und das nennt man befreites Gebiet“.

Der preussische Landtagsabgeordnete Platon wurde auf die brutalste Weise mißhandelt, obwohl er sich als Ab- geordneter ausweisen konnte.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Be- völkerung vor diesen Willkürakten der Polizei zu schützen? Will die Reichsregierung sich bei der preussischen Re- gierung dafür einsetzen, daß die Entlassung der an diesen Vorgängen Schuld tragenden Beamten und ihre Bestrafung erfolgt, daß die Abberufung des Polizeipräsidenten Bergemann und eine schnelle Untersuchung dieser unerhörten Vorgänge erfolge.

Die Erwürgung der Steuer- und Zollopposition

Von Siegfried Käbel, M. d. R.

Die Geschichte des deutschen Parlaments ist wahr- haftig nicht arm an mißbräuchlichen Ausnahmen irgend- einer Mehrheit zu Ruh und Frommen der kapitalistischen Ausbeuter. Was man sich jedoch in der jüngsten Zeit an- läßlich der Beratungen der Zoll- und Steuervorlagen von seiten der Reichstagsmehrheit gegen die Kommunisten ge- leistet hat, ist auch im deutschen Parlament noch nicht dagewesen. Für jeden Werttätigen sollten die Vorgänge im Reichstag, die von der gesamten kapitalistischen Pres- sente natürlich gegen die Kommunisten ausgeklacht werden, ein warnendes Signal sein.

Welcher Front sich die werttätigen Massen gegenüber- setzen, kommt wohl am besten zum Ausdruck, wenn man die näheren Umstände bei den zahlreichen Vergewaltig- ungen der Opposition betrachtet. Von vornherein sei fest- gestellt, daß die Drofflung der Opposition durch die Re- gierungsparteien nicht möglich gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten diese Drofflung nicht küßschweigend ge- duldet hätten, ja, in einigen Fällen kann man von einer direkten Unterstützung der Aktion des Herrn Vizepräsi- denten Graef durch die Sozialdemokraten reden.

Vergebens haben die Arbeiter auf die großen Kämpfe gegen den Zoll- und Steuerwucherer, die die Sozialdemo- kraten ankündigten, gewartet. Ein erklärlicher Betel- brief des ADGB, an die Regierung war alles, was man von dieser Seite getan hat. Das feige und widerliche Ver- halten der Sozialdemokraten gegenüber der energischen Opposition der Kommunisten trat bei den verschiedensten Anlässen deutlich in Erscheinung.

So war es auch das Verhalten des Sozialdemokraten Hermann Müller, das am 1. August zu den Zwischenfällen führte, in deren Verlauf die Genossen Jabasch und Höllein durch Polizei aus dem Reichstag geworfen wurden. Es mag außerordentlich ermutigend für den deutschnationalen Vizepräsidenten Graef gewesen sein, daß die Sozialdemo- kraten den Hinauswurf billigten, so daß er getrost zu sei- nem neuen Gewaltreich am 10. August schreiten konnte. Dieser unglaubliche Gewaltakt gehört zur Krönung des Zoll- und Steuerraubes und sei deshalb hier näher dar- gestellt.

Die unermüdlichen Angriffe der Kommunisten gegen die Zölle, die in einer wirkungsvollen sachlichen Be- sprechung aller Einzelheiten bestanden, steigerten die Re- sponsität der Regierungsparteien zu einer wahren Bogrom- stimmung gegen die Kommunisten. Mehrfach konnte man die Bemerkung hören: „Abdrehen muß man die Kerle!“ und so war es eine günstige Gelegenheit, als Herr Graef am 10. August bei Beginn der Sitzung das Präsidium übernahm, um das Abdrehen zu belangen.

Da die Arbeitsfreudigkeit bekanntlich eine Tugend ist, die die Herrschenden auf der Rechten des Hauses gern ändern überlassen, war der Sitzungssaal äußerst spärlich besetzt. Es wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt, die ohne Zweifel nicht vorhanden war. (Die Schriftführer bestätigten dies später.) Herr Graef jedoch zieht die Fest- stellung über alle Gebühr hinaus, so daß er getrost zu seinen hohlen möglichst vieler der verschlafenen Genossen- kast Couleure die Beschlußfähigkeit des Hauses herzustellen.

Dieses Manöver des Herrn Graef veranlaßte irgend jemand, dem Präsidenten „Schieber“ zugunsten in Herr Graef glaubt behaupten zu können, daß dies der Genosse Schütz gewesen sei und erteilt ihm einen Ordnungsruf, bekennt sich dann aber auf seine Wünsche als Mitglied der Rege- rungsparteien und schließt noch nachträglich den Genossen Schütz von der Sitzung aus. Die kommunistische Fraktion legt Protest ein und verlangt eine Entscheidung des Vize- präsidenten. Herr Graef denkt nicht daran, den Vizepräsi- denten einzuberufen, er fürchtet wahrscheinlich, daß dort sein Ver- halten keine Unterstützung findet, denn im Hause herrscht eine gewisse Betrettheit. Herr Graef hat die Geschichte etwas zu plump gemacht.

Am die Einberufung des Vizepräsidenten zu erzwängen, bleibt Genosse Schütz auf Befehl der Fraktion im Saal und der Präsident wird nochmals ersucht, den Vizepräsi- denten einzuberufen. Gegen alle bisherigen Gepflogenheiten wird das Ersuchen kategorisch abgelehnt, und die gewaltsame Enttarnung des Genossen Schütz beginnt. Die Polizei geht dementen brutal vor, daß sie zum Vizepräsidenten gar nicht mehr vernehmen lassen und in einem schamlosen Ver- bote wird der Genosse Schütz durch die Polizei aus dem Saal geschleppt. Man erzählt, daß die Komunisten zu ihrem Ver-